

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Gregor Gysi,
Dr. Sahra Wagenknecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/6106 –**

Die Bundesregierung und die gescheiterten Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine im Frühjahr 2022

Vorbemerkung der Fragesteller

Der ehemalige israelische Premierminister Naftali Bennett hat in einem Videointerview Anfang Februar 2023 erstmals ausführlich über Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine im März 2022 unter seiner Vermittlung gesprochen (www.youtube.com/watch?v=qK9tLDeWBzs). Ihm zufolge habe es damals eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gegeben, wenn der Westen dies nicht verhindert hätte. Daran ändern auch seine späteren Relativierungen nichts. Die diplomatische Initiative Israels erfolgte zeitgleich zu den Friedensverhandlungen der ukrainischen und russischen Delegationen im belarussischen Gomel und später im türkischen Istanbul (www.tagesspiegel.de/internationales/israels-ex-premier-befeuert-vorwurfe-wie-nah-kamen-kiew-und-moskau-einer-friedenslosung-9326102.html).

Dort sollen sich laut einem Bericht der US-amerikanischen Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ unter Berufung auf Aussagen verschiedener ehemaliger US-amerikanischer Beamter russische und ukrainische Unterhändler im April 2022 auf Grundzüge einer Verhandlungslösung zur Beendigung des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine geeinigt haben (www.foreignaffairs.com/russian-federation/world-putin-wants-fiona-hill-angela-stent). Die Grundlage hierfür bildete das von der ukrainischen Seite vorgelegte „Istanbuler Communiqué“, das laut Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) nach Angaben von an den Verhandlungen beteiligten Akteuren von den Konfliktparteien vorabgestimmt worden war und zur Grundlage einer Verhandlungslösung hätte werden können. In diesem Dokument wurden in zehn Punkten die Bedingungen für einen Waffenstillstand, dauerhafte ukrainische Neutralität und internationale Sicherheitsgarantien skizziert. Die Einigung sah unter anderem vor, dass sich Russland auf seine Position vom 23. Februar 2022 zurückzöge, während die Ukraine im Gegenzug zusicherte, keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben. Um den Status der Krim zu klären, wurde ein Zeitraum von 15 Jahren vorgeschlagen (SWP-Aktuell 2022/A 66, S. 3–4).

Der damalige Premierminister Israels, Naftali Bennett, bestätigt in dem Interview, beide Seiten seien bei den Verhandlungen wenige Wochen nach Beginn des Kriegs zu erheblichen Zugeständnissen bereit und ein Waffenstillstand in greifbarer Nähe gewesen. Bei seinem Besuch in Moskau am 5. März 2022 auf

Einladung des russischen Präsidenten Wladimir Putin habe dieser einige substantielle Zugeständnisse gemacht und insbesondere von seinem ursprünglichen Kriegsziel einer Demilitarisierung der Ukraine abgesehen. Im Gegenzug habe sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bereit erklärt, auf einen NATO-Beitritt zu verzichten. Im Rahmen der intensiven Gespräche auch über andere Themen wie die Zukunft des Donbas und der Krim sowie Sicherheitsgarantien für die Ukraine hatten laut Naftali Bennett „beide Seiten großes Interesse an einem Waffenstillstand“. Die diplomatischen Vermittlungsversuche zwischen den beiden Kriegsparteien waren laut Naftali Bennett „bis ins kleinste Detail mit den USA, Deutschland und Frankreich abgestimmt“. Jedoch hätten insbesondere Großbritannien und die USA den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt. Auf die Frage, ob die westlichen Verbündeten die Initiative letztlich blockiert hätten, antwortete Naftali Bennett: „Im Grunde genommen, ja. Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten Unrecht“ (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollten-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871).

In diesem Sinne hatte die ukrainische Nachrichtenseite „Ukrainska Pravda“ bereits am 5. Mai 2022 unter Berufung auf Quellen aus dem engen Umkreis des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj berichtet, dass die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine infolge des Besuchs des damaligen britischen Premierministers Boris Johnson am 9. April 2022 in Kiew zum Erliegen gekommen seien. Boris Johnson habe der ukrainischen Seite mitgeteilt, dass Wladimir Putin unter Druck gesetzt werden solle, anstatt mit ihm zu verhandeln, und dass, selbst wenn die Ukraine zu einem Abkommen mit Wladimir Putin bereit sei, der Westen dies nicht unterstützen werde. Die westliche Absage habe die Fortführung von Verhandlungen mit Russland neben den Berichten über Kriegsverbrechen in Butscha maßgeblich verhindert (www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/). Im Vorfeld seines Besuchs in Kiew soll Boris Johnson Wolodymyr Selenskyj aufgefordert haben, „keine Zugeständnisse an Wladimir Putin zu machen“ (www.theguardian.com/commentisfree/2022/apr/28/liz-truss-ukraine-war-russia-conservative-power). Bei Stellungnahmen Ende April 2022 gaben sowohl die britische als auch die US-amerikanische Regierung einen militärischen Sieg der Ukraine über Russland als strategisches Ziel aus (www.gov.uk/government/speeches/foreign-secretarys-mansion-house-speech-at-the-lord-mayors-easter-banquet-the-return-of-geopolitics; www.defense.gov/News/Speeches/Speech/Article/3010300/secretary-austins-opening-remarks-at-the-ukraine-defense-consultative-group-ram/).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Zu den Inhalten vertraulicher Gespräche oder Korrespondenz mit Vertreterinnen und Vertretern ausländischer Regierungen macht die Bundesregierung keine Angaben. Derartige Gespräche und Korrespondenzen sind Akte der Staatslenkung und somit unmittelbares Regierungshandeln. Sie unterfallen dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. Die Vertraulichkeit von Beratungen auf politischer Ebene ist entscheidend für den Schutz der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und damit auch aus Gründen des Staatswohls geboten. Würden diese unter der Annahme gegenseitiger Vertraulichkeit ausgetauschten Gesprächs- oder Korrespondenzinhalte Dritten bekannt – dies umfasst auch eine Weitergabe an das Parlament – würden sich die Gesprächspartnerinnen und -partner bei einem zukünftigen Zusammentreffen oder zugehöriger schriftlicher Kommunikation nicht mehr in gleicher Weise offen austauschen. Ein unvoreingenommener Austausch auch auf persönlicher Ebene und die damit verbundene Fortentwicklung der deutschen Außenpolitik wäre dann nur noch auf langwierigere, weniger erfolgreiche Art und Weise oder im Einzelfall auch gar nicht mehr möglich.

1. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den damaligen Premierminister von Israel, Naftali Bennett, nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine – in der Phase des Krieges, als die russische Armee vor Kiew stand – gebeten hat, den Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, zu kontaktieren (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871), und wenn ja, welche?
2. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob der damalige israelische Premierminister Naftali Bennett am 5. März 2022 auf Einladung des Präsidenten Russlands Wladimir Putin nach Moskau geflogen ist (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871), und wenn ja, welche?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor. Der Inhalt vertraulicher Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob im Rahmen der Vermittlungsversuche des damaligen Premierministers Israels Naftali Bennett auch andere Themen wie die Zukunft des Donbas und der Krim sowie Sicherheitsgarantien für die Ukraine Gegenstand von intensiven Gesprächen waren (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871), und wenn ja, welche, beispielsweise zu möglichen Zugeständnissen bei diesen Themen?
4. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob der damalige Premierminister Israels Naftali Bennett, nachdem er zunächst nach Deutschland flog, um mit Bundeskanzler Olaf Scholz zu sprechen, anschließend den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den britischen Premierminister Boris Johnson sowie die amerikanische Regierung unterrichtete (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871), und wenn ja, welche?
5. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob
 - a) der damalige britische Premierminister Boris Johnson die Position vertreten hat, dass mit Wladimir Putin nicht verhandelt, sondern der Krieg fortgesetzt werden solle,
 - b) der französische Präsident Emmanuel Macron eher „pragmatisch“ eingestellt war, also Verhandlungen gegenüber aufgeschlossen, und
 - c) in der US-amerikanischen Regierung beide Positionen vertreten gewesen sind (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871), und wenn ja, welche?
7. Erlangte Bundeskanzler Olaf Scholz spätestens im Gespräch mit dem israelischen Premierminister Naftali Bennett am 5. März 2022 Kenntnis darüber, dass bei den Vermittlungsversuchen zwischen den beiden Kriegsparteien sowohl seitens Russlands als auch seitens der Ukraine bereits erhebliche Zugeständnisse gemacht wurden, und wenn ja, welche Zugeständnisse gab es seitens Russlands und der Ukraine?

Die Fragen 3 bis 5c und 7 werden zusammen beantwortet.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat den damaligen israelischen Premierminister Naftali Bennett am 5. März 2022 in Berlin getroffen. Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Der Inhalt vertraulicher Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

6. War die Bundesregierung im Zuge der diplomatischen Vermittlungen des damaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett zwischen Russland und der Ukraine neben den USA und Frankreich detailliert eingebunden (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

8. Hatte nach Kenntnis der Bundesregierung zum Zeitpunkt des Gesprächs zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und dem israelischen Premierminister Naftali Bennett am 5. März 2022 im Rahmen der Vermittlungsversuche zwischen den beiden Kriegsparteien
 - a) Russlands Präsident Wladimir Putin ausdrücklich auf das Kriegsziel einer „Demilitarisierung der Ukraine“ und
 - b) der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine verzichtet (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871)?

Der Bundesregierung liegen keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Der Inhalt vertraulicher Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

9. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob ein Waffenstillstand im Rahmen der Vermittlungsversuche möglich gewesen ist, weil beide Seiten zu erheblichen Zugeständnissen bereit waren, und wenn ja, welche?

Zu hypothetischen Fragestellungen äußert sich die Bundesregierung nicht.

10. Welche Position hat die Bundesregierung in Bezug auf die Vermittlungsergebnisse, insbesondere in Bezug auf den Verzicht eines NATO-Beitritts durch die Ukraine, eingenommen?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Der Inhalt vertraulicher Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

11. Haben sich die Positionen der Bundesregierung zu den Vermittlungen des damaligen israelischen Premierminister Naftali Bennett zwischen Russland und der Ukraine mit dem Ziel eines Waffenstillstands im Laufe der Verhandlungen verändert, und wenn ja, wie?
12. Welche Position hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Gespräch am Abend des 5. März 2022 in Berlin mit Naftali Bennet in Bezug auf Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine eingenommen?

13. Hat die Bundesregierung die Vermittlungen des damaligen israelischen Premierminister Naftali Bennett zwischen Russland und der Ukraine mit dem Ziel eines Waffenstillstands unterstützt (www.youtube.com/watch?v=qK9tLDeWBzs), und wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht?
14. Welche anderen Regierungsmitglieder sind ggf. aktiv geworden, um den Vermittlungsprozess des damaligen israelischen Premierministers voranzubringen, und in welcher Form haben sie dies ggf. konkret getan?
16. Welche Position hat die Bundesregierung zu den Vermittlungsergebnissen des damaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett mit den entsprechenden erreichten Zugeständnissen eingenommen?
17. Wurden die Vermittlungsversuche des damaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett durch die Bundesregierung befürwortet, kritisch gesehen, abgelehnt oder blockiert?

Die Fragen 11 bis 14, 16 und 17 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung setzt sich intensiv für die Beendigung des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ein. Aus Sicht der Bundesregierung ist es an der Regierung der Ukraine, über Zeitpunkt und Inhalt möglicher Verhandlungen mit der Russischen Föderation zu entscheiden. Darüber hinaus wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

15. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, warum und an wem die Vermittlungsversuche des damaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett gescheitert sind?

Der Bundesregierung liegen keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Der Inhalt vertraulicher Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

18. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob die Vermittlungsversuche des damaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett durch die USA, Großbritannien und/oder Frankreich abgelehnt bzw. blockiert wurden (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871), und wenn ja, welche, und aus welchem Grund ist dies nach Kenntnis der Bundesregierung geschehen, und wenn nein, welche Positionen haben die US-amerikanische Regierung, die britische Regierung und die französische Regierung nach Kenntnis der Bundesregierung konkret eingenommen?

Der Bundesregierung liegen keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Der Inhalt vertraulicher Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

19. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob vor allem Großbritannien und die USA dem Vermittlungsprozess ablehnend gegenüber standen bzw. ihn aktiv blockierten und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt haben (www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871), und wenn ja, welche?

20. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob die Vermittlungsversuche des damaligen israelischen Premierministers Naftali Bennett bei den Fortschritten in den Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine eine Rolle spielten, vor dem Hintergrund, dass diese zeitgleich zu den Friedensverhandlungen der ukrainischen und russischen Delegationen im belarussischen Gomel und später im türkischen Istanbul stattgefunden haben (www.tagesspiegel.de/internationales/israels-ex-premier-befeuert-vorwurfe-wie-nah-kamen-kiew-und-moskau-einer-friedenslosung-9326102.html)?
21. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob sich russische und ukrainische Unterhändler im April 2022 auf Grundzüge einer Verhandlungslösung zur Beendigung des Ukraine-Kriegs geeinigt haben, die laut der US-amerikanischen Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ vorsahen, dass sich Russland auf seine Position vom 23. Februar 2022 zurückziehen und die Ukraine im Gegenzug keine NATO-Mitgliedschaft anstreben und stattdessen Sicherheitsgarantien von einer Reihe von Ländern erhalten würde (www.foreignaffairs.com/russian-federation/world-putin-wants-fiona-hill-angela-stent), und wenn ja, welche beispielsweise bezüglich der Grundzüge?
22. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob das von der ukrainischen Seite vorgelegte „Istanbuler Kommuniqué“ von den Konfliktparteien vorabgestimmt wurde, vor dem Hintergrund, dass dies laut Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) unter Berufung auf Angaben von an den Verhandlungen beteiligten Akteuren der Fall war und deshalb zur Grundlage einer Verhandlungslösung hätte werden können (SWP-Aktuell 2022/A 66, S. 3), und wenn ja, welche?
23. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob die Ukraine im Istanbuler Kommuniqué noch zugestanden hatte, dass die Krim und die besetzten Gebiete im Donbas von den Sicherheitsgarantien ausgenommen werden sollten, im Laufe des April 2022 allerdings forderte, die Sicherheitsgarantien auf beide Gebiete auszudehnen (SWP-Aktuell 2022/A 66, S. 3), und wenn ja, welche?
24. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob es im Zuge der Gespräche in Istanbul zwischen ukrainischen und russischen Vertretern Ende März 2022 eine dahingehend große Annäherung gegeben hat, dass beide Seiten in einem vielversprechenden Entwurf eines Waffenstillstandsdokuments wichtige Zugeständnisse gemacht hätten, wobei Russland demnach auf einen Sturz der Regierung verzichtet und sich die Ukraine offen gezeigt habe, einen neutralen Status des Landes sowie Verhandlungen über die Zukunft der Krim zu akzeptieren (www.rnd.de/politik/ukraine-verhandlung-russland-zieht-erste-forderungen-zurueck-durchbruch-EVAN-OK5LRFD33C3XJVH2KRJBMA.html), und wenn ja, welche?
25. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob es bei der Unterstützung der Ukraine nicht mehr um einen Kampf über die Kontrolle der Ukraine, sondern um einen Kampf gegen Moskau im Zuge eines neuen Kalten Krieges (www.nytimes.com/2022/04/25/us/politics/ukraine-russia-us-dynamic.html) und um die Gelegenheit geht, Russland im Zuge des Ukraine-Kriegs auf Dauer militärisch und wirtschaftlich zu schwächen (www.defense.gov/News/Transcripts/Transcript/Article/3009051/secretary-of-state-antony-j-blinken-and-secretary-of-defense-lloyd-j-austin-iii/), und wenn ja, welche?

Die Fragen 19 bis 25 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor. Der Inhalt vertraulicher

Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

26. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob bei dem von US-amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin einberufenen Treffen von Verteidigungsministern der NATO-Mitglieder und weiterer Staaten in Ramstein in Rheinland-Pfalz am 26. April 2022 der Pentagon-Chef den militärischen Sieg der Ukraine als strategisches Ziel vorgab und damit einer Fortsetzung des Krieges den Vorrang vor diplomatischen Lösungen gab (www.defense.gov/News/Speeches/Speech/Article/3010300/secretary-austins-opening-remarks-at-the-ukraine-defense-consultative-group-ram/), und wenn ja, welche?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

27. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob es zum Krieg Russlands gegen die Ukraine auch deshalb gekommen ist, weil der Westen nicht bereit war, über eine für Russland und den russischen Präsidenten Wladimir Putin zentrale Frage – die Frage nach der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine – auch nur zu verhandeln (www.youtube.com/watch?v=5N6dNhPLP_M), und wenn ja, welche?

Russland verfolgt spätestens seit der illegalen Besetzung der Halbinsel Krim im Jahr 2014 eine Politik, welche die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine verletzt und diese Politik mit militärischen Mitteln durchsetzt. Es verletzt dabei auch die von Russland der Ukraine unter anderem im Budapester Memorandum gegebenen Zusagen. Seit dem Jahr 2014 hat die Ukraine unter anderem im Rahmen der Minsker Abkommen mit Russland verhandelt. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine stand weder im Jahr 2014 noch im Jahr 2022 auf der Tagesordnung. Die NATO und die USA waren für einen ernsthaften Dialog mit Russland über Fragen der europäischen Sicherheit bereit und haben Russland hierzu konkrete Vorschläge unterbreitet. Die Bundesregierung hat zusammen mit ihren Bündnispartnern diesen Ansatz unterstützt.

28. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob der Besuch des damaligen britischen Premierministers Boris Johnson am 9. April 2022 in Kiew auf die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine Einfluss hatte, vor dem Hintergrund, dass diese laut Angaben von Personen aus dem engen Umkreis des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj maßgeblich auch wegen der von Boris Johnson vermittelten Ablehnung von Verhandlungen seitens des Westens zum Erliegen gekommen sind (www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/), und wenn ja, welche?
29. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob der damalige britische Premierminister Boris Johnson der ukrainischen Seite mitgeteilt hat, dass der russische Präsident Wladimir Putin unter Druck gesetzt werden solle, anstatt mit ihm zu verhandeln, und dass, selbst wenn die Ukraine zu einem Abkommen mit Wladimir Putin bereit sei, der Westen dies nicht unterstützen werde (www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/), und wenn ja, welche?

Die Fragen 28 und 29 werden zusammen beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine eigenen, über Medienberichte hinausgehenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor. Der Inhalt vertraulicher Gespräche zwischen anderen Staaten liegt im Übrigen nicht im Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

